

März 2023

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Geoökonomischer Ratsgipfel – Europas Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit im Fokus

Europäischer Rat am 23./24. März 2023

Dr. Hardy Ostry, Stanislav Linchevsky, Lukas Wick, Isabell Wiesner

Nur sechs Wochen nach dem letzten Sondergipfel kehrten die Staats- und Regierungschefs nach Brüssel zurück. Ganz oben auf der Tagesordnung standen die geopolitische Dimension der EU-Wirtschaftspolitik sowie die Wettbewerbsfähigkeit der EU angesichts des steigenden Drucks durch das US-Subventionspaket IRA. Außerdem wurden weitere Waffenlieferungen an die Ukraine sowie der Vorschlag zur Strommarktreform diskutiert. Während der Streit um das Verbrenner-Verbot ab 2035 nicht auf der offiziellen Agenda stand, überschattete dieser das Gipfeltreffen. Die deutsche Regierung hat den Versuch der Europäischen Kommission, einen Kompromiss im Streit um die Zukunft von Verbrennungsmotoren zu finden, zurückgewiesen und damit die andauernde Diskussion neu entfacht. Am Freitag stand darüber hinaus ein Euro-Gipfel mit der Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, und dem Chef der Eurogruppe, Paschal Donohoe, auf der Tagesordnung, bei dem insbesondere die Bankenkrise diskutiert werden sollte.

Ukraine

Hintergrund

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert seit Februar 2022 an und konnte in der Zwischenzeit seinen unrühmlichen

Jahrestag verzeichnen. Der Kreml bombardiert die Ukraine weiterhin mit gezielten Luftangriffen, Drohnenangriffen und Raketenangriffen. Mit Unterstützung des Westens ist es der Ukraine seit geraumer Zeit gelungen, eine Pattsituation zu erreichen: Beide Seiten kommen kaum voran, und die Fronten sind verhärtet. Russland plant wohl aber eine Frühjahrsoffensive in der Ukraine, für die der Westen sie derzeit vorzubereiten versucht. Im Vorfeld des anstehenden Europäischen Ministerrates am 23. und 24. März haben die Minister beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten die bestehende Unterstützung flankiert und ein 2 Mrd. EUR-Paket zum Auffüllen der ukrainischen Munitionsbestände vereinbart.

Der Ministerrat ist in diesem Rahmen übereingekommen, die Lieferung und gemeinsame Beschaffung von einer Million Schuss Artilleriemunition für die Ukraine in den nächsten zwölf Monaten zu beschleunigen. Er appelliert an die Mitgliedstaaten, der Ukraine dringend Boden-Boden-Munition und Artilleriemunition sowie auf Wunsch auch Flugkörper zu liefern. Der Ministerrat hat darüber hinaus auch die Kommission aufgefordert, konkrete Vorschläge vorzulegen, um den Ausbau der Fertigungskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie dringend zu unterstützen, die Lieferketten zu sichern, effiziente Beschaffungsverfahren zu erleichtern, Engpässe bei den

Produktionskapazitäten zu beseitigen und Investitionen zu fördern, einschließlich der Mobilisierung des Unionshaushalts.

Der Ministerrat hat dafür ein dreigliedriges Konzept gebilligt, das die Lieferung von einer Million Artilleriegranaten innerhalb eines Jahres, die Erstattung von Ausgaben in Höhe von 2 Milliarden Euro und die Erhöhung der finanziellen Obergrenze der Europäischen Friedensfazilität vorsieht. So kann die Beschaffung zwar gemeinsam geregelt werden, jedoch der eigentliche Kauf über die Nationalstaaten und die Mitglieder der Europäischen Verteidigungsagentur geregelt werden, die ihre Ausgaben danach von der EU erstattet bekommen können.

Bei der anstehenden Sitzung des Europäischen Rats werden die Staats- und Regierungschefs der EU mit neuem Rückenwind über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine durch die EU diskutieren. Dabei soll es auch um die Rechenschaftspflicht für die Täter, die Verwendung eingefrorener Guthaben für den Wiederaufbau, die Unterstützung zur Deckung des Militär- und Verteidigungsbedarfs sowie um die globale Ernährungssicherheit gehen. Seit Beginn des Krieges haben die EU und ihre Mitgliedstaaten 67 Milliarden Euro für die Ukraine und ihre Bevölkerung bereitgestellt, wobei die restriktiven Maßnahmen sichtbare Auswirkungen auf das Regime und die Wirtschaft Russlands hatten.

Entwicklung

In seiner Ratssitzung, der auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres beiwohnte, hat der Europäische Rat den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilt und bekräftigt, dass er die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine uneingeschränkt unterstützt. Die Staats- und Regierungschefs haben ferner die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen als Grundlage für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine begrüßt. Darüber

hinaus hat der Rat seine Unterstützung für die Friedensformel von Präsident Selenskyj bekräftigt. Untermuert hatte diese Überzeugung bereits der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in derselben Woche, als die Außenminister 2 Mrd. EUR für die gemeinsame Beschaffung von Munition für die Ukraine freigegeben hatten.

Darüber hinaus hat der Europäische Rat gefordert, dass Russland alle seine Streitkräfte und Agenten unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem gesamten Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht. Besonders diese Forderung zieht sich seit nunmehr etwas mehr als einem Jahr durch die Ratssitzungen der EU. Die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sei weiterhin eine absolute Priorität, so die Staats- und Regierungschefs, und forderten Russland auf der Stelle auf, die sichere Rückkehr von Ukrainern, insbesondere von Kindern, zu gewährleisten, die nach Russland zwangsumgesiedelt oder deportiert wurden.

Die Europäische Union setzt sich dafür ein, dass Kriegsverbrechen und andere schwere Verbrechen, die im Zusammenhang mit der Aggression Russlands gegen die Ukraine begangen wurden, in vollem Umfang zur Rechenschaft gezogen werden. Der Europäische Rat hat die Einrichtung entsprechender geeigneter Mechanismen zur Verfolgung der Verbrechen angekündigt.

Des Weiteren hat die Europäische Union ihre Entschlossenheit bekundet, den kollektiven Druck auf Russland aufrechtzuerhalten und weiter zu erhöhen. Sie hat ihre Bemühungen um eine wirksame Umsetzung der Sanktionen intensiviert und arbeitet mit ihren Partnern zusammen, um russischer Desinformation über den Krieg entgegenzuwirken. Die EU hat sich außerdem verpflichtet, die Ukraine politisch, wirtschaftlich, militärisch, finanziell und humanitär tatkräftig zu unterstützen. Entsprechend wurde auch die Vereinbarung über die Bereitstellung von einer Million Artilleriegranaten in den nächsten zwölf Monaten positiv wahrgenommen. Die EU hat sich damit verpflichtet, die Reparatur, die

Rehabilitation und den Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen. Der Rat betonte auch, wie wichtig es ist, einen internationalen Mechanismus zur Erfassung der von Russland verursachten Schäden einzurichten und eingefrorene und unbewegliche russische Vermögenswerte für den Wiederaufbau und die Entschädigung zu verwenden, um eigene Budgets zu schonen und gleichzeitig den russischen Vermögen zu schaden.

Kommentar

In seiner ersten Sitzung nach dem Jahrestag des Krieges hat der Europäische Rat in Sachen Ukraine keine wirklichen Neuerungen verkünden können. Wie bereits bei vergangenen Ratsgipfeln zu spüren, hat die EU ihre größten Waffen bereits eingesetzt (Sanktionen und Unterstützung für die Ukraine) und ist nun damit beschäftigt, diese auch entsprechend umzusetzen und zu unterfüttern. Nur so wird es der EU gelingen, die zahlreichen Sanktionen sowie jegliche militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine langfristig zu festigen. Derzeit ist ein russisches Nachgeben nicht abzusehen, sodass diese Maßnahmen nicht minder wichtig sind, wenngleich sie sich vielleicht nicht ähnlich gut verkaufen lassen, wie z.B. die Lieferung von Leopard-Panzern durch zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten. Die EU muss bei dieser Strategie aber darauf achten, dass sie diese Maßnahmen auch entsprechend in der Öffentlichkeit darstellt und die Bedeutung der Unterstützung auf allen Ebenen ausdrücklich darlegt. Andernfalls droht einerseits die Stimmung in der Ukraine gegenüber der EU zu kippen, andererseits könnte sich – sollte dieses Vorhaben nicht gelingen – auch die eigene Argumentationsgrundlage für die Unterstützung der Ukraine innerhalb der EU verändern. Es wäre dann schwer zu rechtfertigen, warum viele Mrd. EUR an Steuergeld dafür aufgebracht werden.

Bestes Beispiel wäre hier die von den Außenministern kürzlich beschlossene Aufstockung der ukrainischen Munitionsreserven innerhalb eines eng gefassten Zeitraums. Durch die gemeinsame Beschaffung können sich die EU-

Mitgliedsstaaten die Kosten durch die Friedensfazilität erstatten lassen. Insgesamt werden so 2 Mrd. EUR für dieses Vorhaben aufgebracht. Militärisch und strategisch ist dieser Schritt natürlich sinnvoll: Russland wird auf Dauer Probleme bekommen, seine Munitionsreserven stabil zu halten, während die Ukraine durch westliche Unterstützung einen längeren Atem in dieser Sache haben dürfte. Gerade deshalb sollte es sich die EU zu ihrer Aufgabe machen, Unterstützer für diese Themen zu finden und so nicht nur den materiellen Beistand langfristig auszurichten, sondern auch die Rückendeckung ihrer eigenen Bevölkerung nachhaltig zu machen.

Auch hier gilt weiterhin, dass Präsident Zelensky mehr für seine Pläne werben muss, indem er die mögliche Zukunft der Ukraine in der EU hervorhebt, und den westlichen Lebensstil und die Werte seiner Verbündeten verteidigt. Er hat mittlerweile den Mut demonstriert, vielversprechende Sanktionsbereiche klar zu benennen, die Arbeit seiner westlichen Kollegen zu bewerten und weiterhin um Unterstützung zu bitten bzw. diese einzufordern.

Wirtschaft

Hintergrund

Nachdem der Europäische Rat im Februar die Pläne der Kommission für einen "Green Deal für die Industrie" gebilligt hatte, wurde die Diskussion über die langfristige Strategie Europas zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität und zur Ausschöpfung des vollen Potenzials des Binnenmarktes nun fortgesetzt. In den Wochen vor dem Gipfel haben die EU-Staaten geprüft, wie die wirtschaftliche, industrielle und technologische Basis der EU angesichts der globalen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen besser für die grüne und digitale Transformation gerüstet werden kann. In diesem Zusammenhang wurde eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die zum Teil heftig diskutiert wurden, darunter der European Critical Raw Materials Act, ein Rechtsakt zur klimaneutralen Industrie und ein überarbeiteter Rahmen für staatliche Beihilfen. Mit ihrem Mitte März veröffentlichten Netto-Null

Industriegesetzesvorschlag (Net-Zero Industry Act) wollte die EU-Kommission im Rahmen ihres Green Deals sowohl die europäische Wettbewerbsfähigkeit bewahren als auch das US-amerikanische Inflationsbekämpfungsgesetz (Inflation Reduction Act, IRA) kontern, um eine Abwanderung europäischer Unternehmen auf den US-Markt zu verhindern. Dies soll durch ein Maßnahmenpaket geschehen, das Investitionen in grüne Technologien ankurbeln und somit die EU bis 2050 klimaneutral machen soll. Am selben Tag veröffentlichte die Kommission auch den Legislativvorschlag Critical Raw Materials Act. Ziel ist, die EU bis 2030 unabhängiger von Drittstaaten im Bereich der Rohstoffbeschaffung zu machen. Dies soll durch Maßnahmen erreicht werden, die u.a. die Rohstoffexploration und -förderung in Mitgliedsstaaten ankurbeln, Initiativen zum Recycling stärken und Importe diversifizieren sollen. Eingebettet ist er in den Green Deal der Kommission und soll zunächst durch eine spürbare Aufweichung der EU-Beihilferegeln, vorübergehend bis 2025, umgesetzt werden. Diese Pläne waren stark umstritten und mehrere, vor allem kleine EU-Mitgliedsstaaten, warnten die EU-Kommission vor einem Subventionswettbewerb und der Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung.

Entwicklung

Angesichts der bestehenden komplexen geoökonomischen und geopolitischen Herausforderungen haben die Staats- und Regierungschefs betont, dass die EU ihre Widerstandsfähigkeit stärken, strategische Abhängigkeiten verringern, in die Fähigkeiten der Zukunft investieren und ihre wirtschaftliche, industrielle und technologische Basis für den grünen und digitalen Wandel legen müsse.

Die Schlussfolgerungen unterteilen sich im wirtschaftlichen Bereich in vier Hauptthemen: 1) Der Binnenmarkt und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität – Hier ruft der Europäische Rat zu verschiedenen Maßnahmen auf, mit dem Ziel, das volle Potenzial des Binnenmarkts zu erschließen und die verbliebenen Schwachstellen zu beseitigen. Der

Europäische Rat unterstreicht in diesem Zusammenhang insbesondere die folgenden Arbeitsschwerpunkte:

a) wachstumsförderndes ordnungspolitisches Umfeld – das allgemeine Regelungsumfeld zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand, unter anderem durch beschleunigte Genehmigungsverfahren, zu verringern. b) Investitionen – die Kapitalmarktunion zu vertiefen, und die verbleibenden Hindernisse für grenzüberschreitende Finanzierungen zu beseitigen. c) Forschung und Innovation – die Ausgaben für Forschung und Innovation zu erhöhen, um das Ziel von 3 Prozent des BIP zu erreichen. d) Digitalisierung – das Potenzial von Datenströmen und Echtzeit-Wirtschaftslösungen unter Wahrung der Privatsphäre zu erschließen. e) Kompetenzen – Herausforderungen des Arbeitskräftemangels und des Wandels der Arbeitswelt, auch vor dem Hintergrund demografischer Herausforderungen, zu bewältigen. f) Kreislauforientierung – die Abhängigkeiten in Bezug auf Grundstoffe zu verringern, indem unter anderem die von der Bioökonomie gebotenen Möglichkeiten genutzt werden. 2) Industriepolitik – hier fordert der Rat, dass die Arbeit an den Vorschlägen für einen Rechtsakt über eine klimaneutrale Wirtschaft und einen europäischen Rechtsakt zu kritischen Rohstoffen vorangebracht wird und nimmt den befristeten Krisen- und Übergangsrahmen für staatliche Beihilfen zur Kenntnis. 3) Handelspolitik – hier erwähnt der Rat nur, dass er eine strategische Aussprache über die geopolitischen Aspekte des Handels geführt hat. 4) Koordinierung der Wirtschaftspolitik – hier billigt der Rat beschlossene andere Schlussfolgerungen wie die Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung, die im Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum genannten politischen Prioritäten, und den Entwurf einer Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets.

Kommentar

Obwohl die Wirtschaftspolitik im Zentrum des Gipfels stand, bringen die Schlussfolgerungen in sich nicht viel Neues mit. Die auf dem Sondergipfel im Februar

beschlossenen Vorhaben der Kommission für einen Industriepan im Rahmen des Grünen Deal wurden in den letzten Wochen weiter konkretisiert und in den Schlussfolgerungen nicht weiter im Detail diskutiert. Die letzten drei wirtschaftlichen Hauptthemen (Industrie, Handel und Koordinierung der Wirtschaftspolitik) sind in den Schlussfolgerungen erheblich kürzer und weniger detailliert. Der mit Abstand längste Teil der Schlussfolgerungen spricht von der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU und ist fokussiert auf eine bessere zukunftsorientierte Strategie für den Binnenmarkt. Auch wenn dort vor allem über Intensivierung der existierenden Maßnahmen und Überwindung von bekannten Problemen gesprochen wird (Entbürokratisierung, Verbesserung der Konnektivität, Förderung der Einführung digitaler Instrumente, stärkere kreislauforientierte Wirtschaft usw.), erkennt man die Verlagerung des Schwerpunktes im politischen Diskurs seit dem letzten Gipfel. Die Kommission musste in den letzten Wochen mit viel Kritik aus den eigenen Reihen der EVP-Fraktion, von der Industrie, von Ökonomen sowie von einigen Mitgliedsstaaten kämpfen. Diese Kritiker behaupten, dass der Fokus der EU nicht nur auf einer „tit for tat“-Reaktion auf den amerikanischen IRA Subventionen liegen sollte, sondern auf dem eigenen Wirtschaftsstand. So haben beispielsweise zehn Staats- und Regierungschefs Anfang März in einem Brief an Ursula von der Leyen und Charles Michel noch einmal betont, dass Europa eine langfristige Strategie für Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität brauche, die die jüngste Initiative der Kommission zum Industriepan „Green Deal“ ergänzt. Insofern beschäftigen sich die Schlussfolgerungen kaum mit den vorher umstrittenen Themen wie der Lockerung der Beihilferegulungen, dem geplanten Europäischen Souveränitätsfond (hier wird nur erneut erwähnt, dass die Kommission einen Vorschlag vor dem Sommer 2023 beabsichtige) und dem neuen EU-Fiskalregelwerk (wo der Streit über der Reform vorerst ausgesetzt wurde). Es scheint, dass zurzeit eine grundsätzliche Debatte -jenseits des derzeitigen Vorstoßes

in saubere Technologien und erneuerbare Energien - über die künftige Richtung der europäischen Volkswirtschaft geführt wird. Inwieweit sollte die EU die strategische Förderung bestimmter Branchen durch Subventionierung unterstützen, ohne den Binnenmarkt langfristig zu fragmentieren? Andere besorgniserregende Tendenzen von Protektionismus in den USA bis hin zur wachsenden technologischen Konkurrenz aus China bedeuten, dass die EU nicht weiterhin nur mit einer regelbasierten globalisierten Wirtschaft rechnen kann. In diesen unsicheren Zeiten, in denen die globale Wirtschaftsordnung neu gestaltet wird, hat die EU die schwierige Aufgabe, ein Gleichgewicht zwischen der Suche nach schnellen, kurzfristigen Lösungen und dem Bedarf, eine langfristige, vertiefende Diskussion über strukturelle Änderungen zu führen, zu finden.

Euro-Gipfel

Am Rande des Ratsgipfels sind beim Euro-Gipfel am Freitag die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone zusammengekommen. Dieses Treffen wird normalerweise als ein wenig bedeutendes Ereignis betrachtet. Allerdings wurde der Euro-Gipfel von den aktuellen Ereignissen eingeholt. Im Folge der jüngsten Banken Krisen in den USA und der Schweiz haben die Staats- und Regierungschefs die Stabilität des europäischen Bankensystem besprochen, und die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, hat nach den Bankenzusammenbrüchen in den USA und der Rettungsaktion für die Credit Suisse ein Update über den Zustand des Bankensystems in der Eurozone gegeben. Vor dem Gipfel versicherte der Präsident der Eurogruppe, Paschal Donohoe, dass dank schwieriger Reformen, die in der Vergangenheit durchgeführt wurden, die europäischen Banken gut gerüstet seien, um Marktturbulenzen standzuhalten. Zudem waren andere wichtige Punkte auf der Tagesordnung wie die Bankenunion und Kapitalmarktunion.

Energie

Hintergrund

Unmittelbar vor dem Gipfel des Europäischen Rats standen auch die Verhandlungen über das Verbrenner-Aus sowie der andauernde Nuklearstreit mit Frankreich im Raum. Zwar waren diese Streitthemen nicht offiziell Gegenstand des Gipfeltreffens, die Differenzen zwischen Kanzler Scholz und Präsident Macron waren jedoch allgegenwärtig. Deutschland, gemeinsam mit Polen, Italien, Tschechien und Bulgarien, bemüht sich derzeit um Zugeständnisse, damit Fahrzeuge, die mit E-Kraftstoffen betrieben werden, auch nach 2035 noch verkauft werden dürfen. Zu diesem Zeitpunkt tritt eine ansonsten fast vollständig vereinbarte Null-Emissions-Verkaufsvorschrift für Neuwagen in Kraft. Währenddessen drängt Frankreich darauf, dass die Kernenergie als Teil des Pakets der Kommission für saubere Technologien in der Industrie, dem Net-Zero Industry Act, anerkannt wird. Während Verhandlungen zu diesen Themen am Rande des Gipfels erwartet werden, bleibt ungewiss, ob es hinter verschlossenen Türen zu einem Kompromiss kommen wird. Die EU-27 werden unter anderem auch die neuesten Pläne für eine umweltfreundliche Industrie, die Reform des Strommarktes und den Mechanismus für den gemeinsamen Einkauf von Gas diskutieren. Wie auf dem Sondergipfel im Februar vereinbart, hat die Kommission am 14. März ihren Vorschlag zur Reform des Strommarktes vorgestellt, der vorsieht, den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen sowie die Auswirkungen der schwankenden Preise für fossile Brennstoffe auf die Verbraucher zu verringern. Der Vorschlag zielt jedoch nicht darauf ab, die Grundlagen des EU-Marktes zu ändern, der weiterhin auf dem derzeitigen Grenzpreissystem basieren wird, bei dem günstige erneuerbare Energien und Kernkraft zuerst zur Deckung der Verbrauchernachfrage herangezogen werden, so Energiekommissarin Kadri Simson. Der Ausbau erneuerbarer Energien steht aktuell im Fokus der EU und so wurde neben der Strommarktreform auch das Vorhaben einer Europäischen Wasserstoffbank konkretisiert. Die Kommission hat angekündigt, bis 2030 zehn Millionen Tonnen erneuerbaren Wasserstoff

produzieren zu wollen, zusätzlich zu den zehn Millionen Tonnen, die voraussichtlich aus Importen stammen werden. Die neue Wasserstoffbank der EU wird ab Herbst 2023 sowohl inländische als auch ausländische Wasserstoffprojekte finanzieren. Es wird erwartet, dass die Bank in den kommenden Jahren rund 100 Milliarden Euro für Wasserstoffprojekte bereitstellen wird. Somit wird Wasserstoff zur Schlüsseltechnologie zur Erreichung der EU-Klimaziele, so Kommissar Franz Timmermans.

Entwicklung

Am ersten Tag des Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs stand der Streit um das Verbrenner-Aus im Vordergrund, wenngleich nicht Teil der offiziellen Tagesordnung. Die deutsche Regierung lehnte den letzten Kompromissvorschlag der Kommission ab und beharrt auf einem Vorschlag, laut dem Fahrzeuge mit E-Kraftstoffen auch nach 2035 zugelassen werden dürfen. Die Kommission lehnt dies jedoch ab und erklärte sich stattdessen bereit, die bestehenden Rechtsvorschriften, die als Euro 6 bekannt sind, zu überarbeiten, um Fahrzeuge zu klassifizieren, die kohlenstoffneutrale Kraftstoffe wie E-Kraftstoffe verwenden. Dieses Angebot wies Berlin zurück und wird die Maßnahmen für 2035 weiterhin blockieren. In der Runde der Staats- und Regierungschefs gab es sowohl Kritik als auch Unterstützung für Scholz. Während der lettische Ministerpräsident das Vorgehen von Olaf Scholz als „sehr, sehr schwieriges Signal für die Zukunft“ und der Entscheidungsfindung kritisierte, betonte Italiens Premierministerin Meloni die Wichtigkeit dieser Technologie für Europas Wettbewerbsfähigkeit. Die Länder Bulgarien, Italien und Polen schlossen sich Deutschlands Ablehnung des Verbrenner-Verbots an. Die bulgarische Regierung verwies auf die Armut im Land und erklärte, dass die relativ hohen Kosten von Elektroautos und das Fehlen einer entwickelten Ladeinfrastruktur die größten Herausforderungen für das Land bei der Dekarbonisierung des Verkehrssektors seien. Der belgische Premierminister hingegen forderte die EU auf, an ihrem vereinbarten Kurs zur Reduzierung der CO2-

Emissionen von Autos festzuhalten. Ursula von der Leyen sagte auf einer Pressekonferenz zum Abschluss der Gipfelgespräche am Donnerstag, dass die Diskussionen zu diesem Thema fortgesetzt würden, da die Zeit dränge. „Wir intensivieren die Gespräche, und ich bin zuversichtlich, dass wir bald eine gute Lösung finden werden.“

Während man erwartet hatte, dass Emmanuel Macron die Bedeutung der Kernenergie für die Net-Zero-Ziele der EU hervorheben würde, hielt sich der französische Präsident in dieser Hinsicht zurück. Ursula von der Leyen bekräftigte, dass nur „hochmoderne Nukleartechnologien“ Zugang zu Anreizen und vereinfachten Regeln im Rahmen des Net-Zero-Industriegesetzes der EU haben würden. Die Gespräche der EU-Spitzen zum Thema Energie endeten früher als erwartet und ohne jegliche Überraschungen. Die Staats- und Regierungschefs gaben ihre Zustimmung, die EU-Strommarktreform bis Ende 2023 fertigzustellen und zu verabschieden. Es wurde eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise sowie der Gasnachfrage gezogen mit dem Ergebnis, dass sich die Energiesituation in der EU verbessert habe. Dennoch wird die Kommission aufgefordert, die Notfallplanung im Hinblick auf die nächste Einspeichersaison und Heizperiode zu gewährleisten, wozu die EU-Energieplattform zur Gasbeschaffung genutzt werden soll.

Kommentar

Während das Thema Energiepreise vorherige Gipfeltreffen dominiert hat, macht es zunehmend den Eindruck, als scheine sich die Lage zu entspannen. Dies mag wohl auch daran liegen, dass die andauernde Heizperiode mit dem Winter langsam dem Ende zugeht und andere Themen wieder verstärkt in den Vordergrund rücken. Jedoch sind die insbesondere finanziellen Auswirkungen der bisherigen Energiekrise noch nicht für alle Haushalte und Unternehmen sichtbar geworden, weshalb nicht von Entwarnung gesprochen werden kann. Zudem steht zum Ende des laufenden

Jahres eine erneute Heizperiode vor der Tür, für die Experten bereits eine noch angespanntere Versorgungslage für Europa vorhergesagt haben. Somit sind die nächsten Monate entscheidend und müssen zur Vorbereitung genutzt werden, um Europas Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Zwar wurden in dieser Hinsicht zuletzt Fortschritte bei der Strommarktreform und dem Vorantreiben erneuerbarer Energien gemacht, jedoch sollte sich nicht auf diesen Erfolgen ausgeruht werden. Nach wie vor gibt es kaum kurzfristige Maßnahmen, mit denen die EU auf schwankende Energiepreise reagieren kann. Wenngleich die Energiekrise in Europa Anzeichen einer Entspannung zeigt, ist der Gaspreis aktuell immer noch fünfmal so hoch wie 2019 und wird voraussichtlich noch einige Zeit auf diesem Niveau bleiben. Als Reaktion darauf hat die EU den Import von Flüssigerdgas gesteigert, was zusätzlich zu einer Entspannung der Preise beiträgt. Es besteht jedoch die Sorge, dass ein Wettlauf um die knappen globalen LNG-Reserven im Frühjahr und Sommer die Preise wieder in die Höhe treiben könnte. So werden die Energiepreise auch Gegenstand folgender Gipfeltreffen sein, um weiterhin an Europas Energieautonomie zu realistischen Preisen zu arbeiten.

Migration

Hintergrund

Ein großer Teil des EU-Sondergipfels im Februar war dem Thema Migration gewidmet, da die Zahl der irregulären Ankünfte auf den Routen über das Mittelmeer und den westlichen Balkan erneut stark angestiegen ist. Es wurden primär die Methoden zum Schutz der europäischen Außengrenzen diskutiert und dabei auch der Grenzschutz in Form von Grenzzäunen, finanziert durch EU Gelder, erstmals nicht mehr als „Tabu“ thematisiert. Einige Länder, darunter allen voran Österreich, forderten die EU auf, betroffenen Mitgliedsstaaten Gelder zur Errichtung von Grenzinfrastruktur zur Verfügung zu stellen, gleichgültig, ob diese für Zäune verwendet würden. In den Schlussfolgerungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf,

„unverzüglich umfangreiche Finanzmittel und Ressourcen der EU zu mobilisieren, um die Mitgliedsstaaten beim Ausbau von Grenzschutzkapazitäten und -infrastruktur, Mitteln für die Überwachung, einschließlich der Luftüberwachung, und Ausrüstung zu unterstützen.“ Angesichts des starken Anstiegs der irregulären Ankünfte in der EU steigt der Druck auf die Staats- und Regierungschefs weiter, bei der Migrationspolitik endlich eine gesamteuropäische Lösung zu finden. Besonders betroffene Länder, darunter Italien, Belgien und die Niederlande, fordern mehr Solidarität unter den Mitgliedsstaaten. Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni kündigte im Vorfeld des Gipfels an, dass sie erneut über das Thema Migration sprechen wolle und kritisierte Europa dafür, die Migrationsfrage zu vernachlässigen und Italien damit allein zu lassen. Meloni forderte die EU auf, mit Tunesien zusammenzuarbeiten, um die Migrationsströme zu steuern, die Grenzen besser zu kontrollieren und Schleuser zu bekämpfen. Die Lage auf der Mittelmeer- und Balkanroute ist nach wie vor angespannt und die Dauerschleife in der Migrationspolitik setzt sich fort. Auch von diesem Gipfel wurden keine Durchbrüche jenseits einer strategischen Debatte erwartet.

Entwicklung

Diese nüchterne Erwartung bestätigte sich und so fielen die Schlussfolgerungen im Bereich Migration sehr mager aus. Die EU-27 bezogen sich lediglich auf ihre Beschlüsse vom Sondergipfel am 9. Februar 2023 und diskutierten die Entwicklungen bei deren Umsetzung. Neben der verschärften Formulierung zur Errichtung von Grenzschutzkapazitäten und -infrastruktur mit EU-Mitteln wurde beim vorherigen Gipfel vereinbart, auf Basis der Debatten einen Legislativvorschlag erarbeiten zu wollen, der einen umfassenden Ansatz mit außenpolitischen Maßnahmen, einer besseren Kontrolle der EU-Grenzen und der Einhaltung der EU-Werte beinhaltet. Diese geplante Gesetzesinitiative wurde beim

aktuellen Gipfel jedoch nicht thematisiert, und es bleibt unklar, ob es hier bereits Fortschritte gegeben hat. Die EU ist weiterhin bestrebt, den Verlust von Menschenleben zu verhindern und den Druck auf die Außengrenzen und die Kapazitäten zu verringern, indem sie die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern verstärkt. Die EU wird ihre Partner weiterhin dabei unterstützen, die Ursachen der illegalen Migration zu bekämpfen und eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen zu gewährleisten sowie die Zusammenarbeit bei der Rückführung zu verbessern. Außerdem ruft der Europäische Rat dazu auf, die Überwachung der Migrationsströme zu verbessern und die Arbeit am Migrations- und Asyl-Pakt zu beschleunigen. Bei allen vereinbarten Punkten fordern die Staats- und Regierungschefs rasche Fortschritte, die regelmäßig überprüft werden sollen.

Kommentar

Während das Ergebnis des vorherigen Sondergipfels einen bemerkenswerten Wandel der Rhetorik im Vergleich zu den letzten Jahren darstellte, war dieser Gipfel, zumindest im Bereich Migration, relativ ergebnislos. Die Finanzierung eines Grenzzauns zum Schutz der EU-Außengrenzen wurde zuvor erstmals in Erwägung gezogen, obwohl diese Maßnahme von vielen als Doppelmoral der EU verurteilt wird. Aktuell kann die Reichweite dieser Beschlüsse schwer eingeschätzt werden. Letztlich ist jedoch klar, dass die Errichtung von Zäunen als letztes Mittel, um Menschen von der Einreise in die EU abzuhalten, nicht die fehlende Solidarität unter den Mitgliedsstaaten kompensieren kann. Innereuropäische Solidarität in der Migrationsfrage bleibt unabdingbar und auch eine Einigung auf den Migrations- und Asylpakt ist aus diesem Grund enorm wichtig, um einen verlässlichen Rahmen zu gewährleisten. Die Verhandlungen über den Pakt laufen noch und sollen bis Ende der Legislaturperiode im Jahr 2024 abgeschlossen werden.



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)